

Nahrungsmittelpreise an der Börse

Die Hausse und der Hunger

Von Harald Schumann

Seit Großbanken die Spekulation mit Nahrungsmitteln entdeckt haben, sprudelt für Investoren eine lukrative Gewinnquelle. Für die Ärmsten verschärft sich dagegen ihre ohnehin prekäre Situation, denn die Preise für Weizen, Mais und Soja sind so hoch wie nie zuvor. Und das ist kein Zufall.

— Nicolas Sarkozy, Frankreichs Staatspräsident, gilt nicht gerade als Anwalt der Armen und Schwachen. (1) Umso mehr überraschte es, dass er sich im Januar 2011 bei der Vorstellung der Ziele für Frankreichs Präsidentschaft in der Gruppe der 20 führenden Staaten (G20) energisch für die Bedürftigsten der Welt stark machte. Für jene, die hungern müssen, weil sie die hohen Preise für Nahrungsmittel nicht bezahlen können. An ihrem Schicksal, erklärte Sarkozy, trage die Spekulation von Kapitalanleger(inne)n auf den Märkten für Rohstoffe und Getreide erhebliche Mitschuld. „Wenn wir dagegen nichts tun, dann riskieren wir Hungerrevolten in den armen Ländern und schlimme Folgen für die Weltwirtschaft“. Die G20-Staaten müssten darum Regeln vereinbaren, die den Einfluss der Finanzinvestoren zurückdrängen. Erstmals erhob damit der Staatschef einer Industrienation eine Anklage, die bis dahin nur wenige Ökonom(inn)en und viele Aktivist(inn)en vergeblich vorge-

tragen hatten: Kapitalanlegende in aller Welt nehmen billigend in Kauf, dass sie Millionen Menschen in die Hungersnot treiben, weil sie an den Börsen auf steigende Preise für Rohstoffe und Getreide setzen. Sarkozy formulierte es so: Die Spekulanten erzeugen „Wucherpreise“ und betreiben so „eine Plünderung der armen Länder“, die auf Nahrungs- und Ölimporte angewiesen sind.

Das Problem könnte kaum drängender sein. Seit dem Jahr 2000, nur kurz unterbrochen während der Finanzkrise 2008, steigen weltweit die Preise für Grundnahrungsmittel. Egal ob Getreide, Speiseöl, Zucker oder Milch: Alle wichtigen agrarischen Rohstoffe für die menschliche Ernährung waren auf den Weltmärkten im Frühjahr 2011 nach Abzug der Inflation mindestens doppelt so teuer wie zehn Jahre zuvor. In den reichen Industriestaaten, wo die Verbraucher(innen) weniger als zehn Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, fällt das kaum ins Gewicht. Doch für die rund eine Milliarde Menschen in den Entwicklungsländern, die den größten Teil ihrer Einkünfte für die Ernährung verwenden müssen, bedeuten die Preissteigerungen gravierende Einschränkungen. Vielen bringen sie Krankheit und Tod. Allein 2010 seien die Nahrungspreise um mehr als ein Drittel gestiegen, berichtete die Weltbank und schätzte, dass mehr als 40 Millionen Menschen dadurch zusätzlich in absolute Armut gestürzt wurden.

Manager leugnen die Zusammenhänge

Während die Agrarpreise immer neue Höhen erreichen und die Warnmeldungen aus den Armutsregionen sich häufen, verzeichnet auch das andere Ende der Weltgesellschaft einen Rekord: Investoren aller Art, von milliardenschweren Pensionsfonds bis hin zu vielen Tausend Kleinanleger(inne)n, haben mehr als 600 Milliarden US-Dollar in Wertpapiere investiert, mit denen sie vom Anstieg der Rohstoffpreise profitieren. Dies ist mehr als das Vierzigfache dessen, was vor zehn Jahren in diesem Sektor des Kapitalmarktes angelegt war. Knapp ein Drittel dieser Summe floss in Anlagen für Agrarrohstoffe, und diese Summe steige monatlich um fünf bis zehn Milliarden US-Dollar an, berichten die Analyst(inn)en der britischen Großbank Barclays.

Hohe Preise und wachsende Not auf der einen, euphorische Investoren und Milliardengewinne auf der anderen Seite – dass der Kapitalstrom auf die Rohstoffbörsen selbst die treibende Kraft des Preisauftriebs ist, leugnen die Manager(innen) der

verantwortlichen Finanzunternehmen rundheraus und sprechen so der Politik jede Berechtigung für mögliche Eingriffe ab. Es gebe „keinen glaubwürdigen Beweis für einen Zusammenhang der Investitionen in Rohstoff-Fonds und dem starken Anstieg der Getreidepreise“, behauptet etwa Steve Strongin, Chefstrategie für Kapitalanlagen bei der Investmentbank Goldman Sachs, dem Weltmarktführer für Rohstoffinvestments.

Diese Taktik des Abstreitens ist vor allem deshalb so erfolgreich, weil die moderne Rohstoffspekulation ein höchst undurchsichtiger Vorgang ist. Wo Spekulanten einst noch die jeweilige Ware in geheimen Lagern horteten, um so über eine künstliche Verknappung des Angebots die Preise zu treiben, operieren ihre modernen Nachfolger(innen) im elektronischen Cyberspace der Finanzwelt. In vollständiger Anonymität können sie so mit ein paar Mausklicks Millionen Tonnen Getreide, Rohöl und andere Rohstoffe kaufen und verkaufen, so bleibt das umstrittene Geschäft dem Verständnis der Bürger(innen) und der politischen Kontrolle weitgehend entzogen.

Getreidepreis: Wirksame Kontrolle endet nach 60 Jahren

Dabei ist die Konstruktion, auf der das moderne Rohstoffgeschäft basiert, im Grunde einfach. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts führten amerikanische Getreidehändler an der Rohstoffbörse Chicago Board of Trade den Handel mit Warenterminverträgen ein, im Finanzjargon „Futures“ genannt. Mit ihnen verpflichteten sich Bauern und ihre Händler, zu einem festgelegten Termin in der Zukunft eine bestimmte Menge Getreide zu verkaufen. Demgegenüber stehen Verarbeiter wie Brotfabrikanten, die das Getreide in gleicher Menge zu eben diesem Zeitpunkt benötigen und sich zum Kauf verpflichten. Die Börse ist dabei der Vertragspartner für Käufer wie Verkäufer und garantiert die Erfüllung des Vertrags. Dafür müssen die Akteure ihrerseits Sicherheiten auf ein Börsenkonto einzahlen.

Das hatte zunächst nichts mit Spekulation zu tun. Die Idee war vielmehr, die wilden Preisschwankungen auf dem Getreidemarkt zwischen dem Überfluss nach der Ernte im Herbst und dem Mangel im Frühjahr zu vermeiden. Dazu richteten die Börsenbetreiber große Lagerhäuser ein, deren Nutzung direkt mit den Futures verbunden war. Vorteil für beide Seiten war und ist die bessere Planbarkeit von Anbau respektive Weiterverarbeitung. Von Beginn an nutzten die Händler lieber die Möglichkeit,

die Future-Verträge rein finanziell über Ein- und Auszahlungen auf die Börsenkonten abzuwickeln. Wenn die Preise zwischen Abschluss des Kontrakts und dessen Fälligkeit steigen, macht dabei der Verkäufer einen Verlust. Denn er hat sich schließlich verpflichtet, die Ware billiger zu liefern, als sie zum Zeitpunkt der Fälligkeit am Markt kostet. Umgekehrt macht der Käufer einen Gewinn, denn er könnte theoretisch die Ware vom Verkäufer billig beziehen und gleich teurer weiterverkaufen. Für Unternehmen, die mit der physischen Ware arbeiten, bietet der Future-Handel darum vor allem eine Art Versicherung gegen Preisschwankungen.

„ Die Taktik des Abstreitens ist vor allem deshalb so erfolgreich, weil die moderne Rohstoffspekulation ein höchst undurchsichtiger Vorgang ist. “

Die Möglichkeit, die Verträge nur über Geldzahlungen zu erfüllen, lockte natürlich von Anfang an auch Spekulanten an, die nur auf steigende oder fallende Preise wetteten. Zwangsläufig führte dies auch immer wieder zu Preismanipulation. Nach einer langen Reihe von Skandalen schuf die Regierung des US-Präsidenten Franklin Roosevelt in den 1930er-Jahren eine effektive Aufsicht. Diese setzte Grenzen für die Höchstzahl von Future-Verträgen durch, wonach es Händlern, die nicht selbst auch im physischen Getreidehandel tätig waren, verboten war, mehr als 500 Standardkontrakte pro Getreideart zu erwerben. Das entsprach einer Menge knapp 55.000 Tonnen Weizen oder 51.000 Tonnen Mais. Diese sogenannten „Positionslimits“ erwiesen sich von da an über 60 Jahre lang als wirksames Instrument, um die Getreidespekulation in Grenzen zu halten.

Noch bis Ende der 1990er-Jahre folgten die Preise an den Rohstoffbörsen vorwiegend dem Umfang der zu erwartenden Ernten oder der Nachfrage nach Öl. Ann Berg, ehemals Börsenmaklerin und Mitglied des Vorstands der Chicagoer Futures-Börse, erinnert sich: „Die Spekulanten waren nur Mitspieler auf den Rohstoffmärkten

und sie waren bei den kommerziellen Produzenten und Verarbeitern sogar willkommen“. Denn sie sorgten dafür, dass der Markt für die Futures liquide war, das heißt, es gab stets Käufer oder Verkäufer. Dabei lag aber der Anteil aller Kontrakte, die zu rein spekulativen Zwecken gehandelt wurden, selten höher als 30 Prozent. Doch das sollte sich radikal ändern.

Verhängnisvoller Kurzschluss

Nach dem Börsencrash zu Beginn des neuen Jahrtausends erschienen Aktien plötzlich als wenig attraktive Kapitalanlage und die Finanzindustrie begann ein neues Angebot zu vermarkten: die Anlage in Rohstoffen. Das Instrument dafür hatte die Investmentbank Goldman Sachs entwickelt, den Goldman Sachs Commodity Index, kurz GSCI. Mit diesem Index spiegelten die Investmentplaner die Entwicklung der Future-Preise von 25 verschiedenen Rohstoffen von Aluminium bis Zucker. Die Goldman-Banker boten Anleger(inne)n nun an, in deren Auftrag Futures für die jeweiligen Rohstoffe entsprechend der Gewichtung im Index zu kaufen. Darüber sollten sie an den Gewinnen oder Verlusten auf den Rohstoffmärkten teilhaben, ohne selbst damit handeln zu müssen. Mit dem Argument, dies würde ein Portfolio auch gegen Inflation absichern und vor weiteren Crashes schützen, warb Goldman weltweit für die neuen Fonds – mit durchschlagendem Erfolg. Schon bald legten zahlreiche weitere Großbanken wie Barclays, Morgan Stanley und die Deutsche Bank ähnliche Fonds auf und öffneten diese auch für private Anleger(innen).

Möglich war all das nur, weil die Geldkonzerne parallel die Aufhebung der alten Positionsgrenzen durchgesetzt haben. Unter dem Schlachtruf „Befreiung von der Regulierung“ hoben ihre – über Wahlkampfspenden großzügig finanzierten – Verbündeten im US-Kongress denn auch Stück für Stück alle Regeln auf, die vordem den Einfluss der Finanzanleger auf die Future-Preise begrenzt hatten. Seitdem war kein Halten mehr. Binnen weniger Jahre erfuhren Amerikas Rohstoffmärkte eine radikale Transformation, die weltweite Folgen hatte. Fortan verkaufte die Finanzwirtschaft den Einstieg in die Warenterminkontrakte als neue Klasse von Kapitalanlagen, die jeder Vermögensverwalter seinem Portfolio zur Absicherung beimischen sollte – eine Empfehlung, die längst auch deutsche Banken ihren Kund(inn)en geben. Im großen Stil fließt seither anlagesuchendes Kapital auf die vergleichsweise

kleinen Warenterminmärkte. Dort gehen mittlerweile bis zu 80 Prozent aller geschlossenen Verträge nur noch auf die spekulative Kapitalanlage zurück, obwohl diese Märkte dafür eigentlich nie gedacht waren. Denn die Rohstoffanlagen dienen – anders als Aktien oder Anleihen – ja nicht dem Zweck, den Aufbau von Produktionsanlagen oder staatlicher Infrastruktur zu finanzieren und auf diesem Weg Erträge zu erwirtschaften. Vielmehr schließen die Anleger(innen) lediglich Wetten auf die Preisentwicklung der Rohstoffe ab.

Doch genau damit erzeugen sie einen verhängnisvollen Kurzschluss. Denn die Preise für die Futures an den Rohstoffbörsen Amerikas und Europas bestimmen auch den tatsächlichen Handelspreis mit den physischen Waren, also Getreide, aber auch Erdgas, Kupfer oder Rohöl. (2)

Die Konsequenzen sind verheerend. Denn die massenhafte Kapitalanlage in Index-Fonds auf Rohstoffe hat zur Folge, dass die Rohstoffpreise über lange Zeiträume nicht mehr Angebot und Nachfrage folgen, sondern allein dem Herdentrieb der Anleger(innen). Damit sorgen diese für lang anhaltende Preisspitzen, die nicht mit schlechten Ernten oder gestiegener Nachfrage zu erklären sind. So wurden Mais und Weizen an der Börse in Chicago und auch im Welthandel zwischen Juni 2007 und Juni 2008 um volle 140 Prozent teurer. Im Sommer 2011 lag weit mehr Getreide auf Lager als im Jahr 2008, während der Verbrauch kaum gestiegen war. Trotzdem schossen die Preise auf das höchste je erreichte Niveau.

Intensive Lobbyarbeit verhindert Begrenzung

Längst gibt es eine Fülle wissenschaftlicher Arbeiten, die den Zusammenhang zwischen Spekulation und Preisentwicklung belegen. Die umfassendste Untersuchung veröffentlichten vier Ökonomen des renommierten New England Complex Systems Institute in Boston. (3) Ihnen zufolge waren die Preissprünge für Getreide in den Erntejahren 2007/08 und 2010/11 „spezifisch auf die Spekulation von Investoren zurückzuführen“. Beide Male, so kalkulierten die Autoren, seien die Preise über jeweils fast ein ganzes Jahr um bis zu 50 Prozent über das Niveau gestiegen, das aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem physischen Markt zu erwarten gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund mutet die anhaltende Leugnung der Mitschuld der Spekulation an den Hungerkrisen durch die interessierten Geld-

konzerne weltfremd an. Doch die Forderung nach harten Grenzen für das umstrittene Geschäft trifft auf ein mächtiges Geflecht aus Investmentbanken, Börsenkonzernen und Finanzinvestoren, die mit allen Mitteln dagegenhalten. Die Fortsetzung der Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln gegen alle Kritik sei eine „regelrechte Machtdemonstration der Finanzbranche“, klagt Markus Henn, Finanzmarkt-Experte bei WEED, dem Berliner Thinktank für Entwicklungspolitik.

„ Die massenhafte Kapitalanlage in Index-Fonds auf Rohstoffe hat zur Folge, dass die Rohstoffpreise über lange Zeiträume nicht mehr Angebot und Nachfrage folgen, sondern allein dem Herdentrieb der Anleger. “

Umso dringender geboten wäre es, dass Regierungen und Aufsichtsbehörden mit strengen Regeln gegen den Missbrauch der Warenterminbörsen durch Kapitalanleger vorgehen. Doch die Chancen dafür stehen schlecht. Dabei ist gerade im Ursprungsland der Rohstoffspekulation die Wut groß. In den USA bringt die von den Anleger(inne)n forcierte Verteuerung von Benzin für die autoabhängige Bevölkerung große Probleme. Darum erteilte der US-Kongress im Sommer 2010 der zuständigen Aufsichtsbehörde auch den Auftrag, erneut Positionsgrenzen zu erlassen, um damit der „exzessiven Spekulation“ Einhalt zu gebieten. Gegen die Erfüllung dieses Auftrags führt die Finanzlobby seitdem einen Machtkampf mit allen Mitteln. Zur Seite steht ihr dabei die mit hohen Wahlkampfspenden der Wall Street gesponserte republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus. Diese drohte der Behörde kurzerhand damit, die Mittel zu kürzen, wenn sie an den Plänen festhalte. So beschloss die Behörde im Oktober 2011 ein Konzept, das zwar die bisherigen pauschalen Ausnahmegenehmigungen für die Investmentbanken aufhebt, aber neue Schlupflöcher

geschaffen hat. Deshalb wird sich – entgegen dem gesetzlichen Auftrag – „wenig bis gar nichts“ an den bisherigen Praktiken ändern, beklagte der demokratische Senator Bernie Sanders.

Problem erkannt, Lösung gebannt

Nicht viel besser steht es in Europa. Hier hatte der für die Finanzmarktregulierung zuständige EU-Kommissar Michel Barnier 2010 erklärt, „die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln“ sei „ein Skandal, während es eine Milliarde Menschen gibt, die hungern“. Alle Fraktionen des Europaparlaments forderten gemeinsam Anfang 2011, die Kommission solle „die notwendigen Schritte unternehmen, um gegen die Exzesse der Spekulation auf den Rohstoffmärkten zu kämpfen“. In einem weiteren Beschluss vom Juni 2011 forderten die Abgeordneten sogar, den „Ausschluss von Finanzinstituten“ von „der Zulassung zu den Rohstoffbörsen“ zu prüfen, um eine „wirksame Begrenzung des ungesund hohen Handelsvolumens an den Rohstoffmärkten“ zu erreichen.

Doch auch hier gelang es der Finanzbranche, durch intensive Lobbyarbeit eine wirksame Begrenzung des Rohstoffgeschäfts vorerst abzuwehren. Demnächst steht die Novellierung der EU-Gesetzgebung über Finanzmarktinstrumente an. Der dazu von der Kommission im Oktober 2011 vorgelegte Reformvorschlag sieht den Erlass von Positionslimits an den Rohstoffbörsen jedoch nur als Kann-Bestimmung vor, über deren Umsetzung die nationalen Aufsichtsbehörden entscheiden. Bleibt es dabei, wird sich auch an Europas wichtigsten Rohstoffbörsen nichts ändern. Denn diese residieren in London, und Großbritanniens Finanzminister George Osborne ließ seine Behörde bereits erklären, sie werde keine solchen Limits verfügen.

Und selbst die Bundesregierung, deren Finanzminister Wolfgang Schäuble und Agrarministerin Ilse Aigner noch im Januar 2011 die „Exzesse an den Rohstoffmärkten“ beklagt hatten, will vorerst gar nichts unternehmen. Zunächst gelte es, „den Einfluss von Derivategeschäften auf die Preisentwicklung empirisch genauer zu untersuchen“, begründete Aigner ganz im Ton der Finanzlobbyisten. Erst wenn sich „auf dieser Basis Bedarf für Regulierungsmaßnahmen“ ergebe, sei „ein Bündel spezifischer Instrumente zu prüfen, mit dem die Aufsichtsbehörden den Fehlentwicklungen angemessen begegnen können“.

So steht Frankreichs Staatspräsident am Ende seines Jahres an der Spitze der G20 weitgehend mit leeren Händen dar. Doch vom Gegenwind aus den USA und den anderen EU-Staaten lässt er sich bisher nicht beirren, womöglich auch deshalb, weil er sich von seinem Engagement Punkte bei den französischen Wähler(inne)n erhofft. „Lasst uns nicht auf die Experten warten, bis wir handeln“, forderte er im Oktober 2011 bei der Weltkonferenz der Bauernverbände in Paris. Denn eines, so Sarkozy, sei sicher: „Die Experten werden sich niemals einig sein. Wenn wir warten, dann wird gar nichts getan, aber das können wir uns nicht leisten.“ ———

Anmerkung

- (1) Dieser Artikel beruht auf dem umfassenden Report „Die Hungermacher – Wie Deutsche Bank, Goldman Sachs & Co. auf Kosten der Ärmsten mit Nahrungsmitteln spekulieren“, den der Autor im Auftrag der Verbraucherorganisation foodwatch erstellte. <http://foodwatch.de>
- (2) Lagi, Marco/Bar-Yam, Yavni/Bertrand, Karla Z./Bar-Yam, Yaneer (2011): The Food Crises: A Quantitative Model of Food Prices Including Speculators and Ethanol Conversion. Cambridge.
- (3) Auch die Spekulation auf den Rohölpreis verschärft die Hungerkrise erheblich. Über Dieseltreibstoff und Mineraldünger schlagen die gestiegenen Energiekosten zu rund einem Viertel auf die Getreidepreise durch. Darum würde die Rohstoffspekulation die Ernährung der Weltbevölkerung selbst dann gefährden, wenn die Getreidemärkte davon nicht betroffen wären.



Ich habe es satt, ...

... dass unter dem Deckmantel des Sachzwangs der sogenannten Märkte die Ansprüche der Besitzer von Geldvermögen rücksichtslos gegen

die große Mehrheit durchgesetzt werden und die Demokratie zur reinen Fassade verkommt.

Zum Autor

Harald Schumann, geb. 1957, studierte Land-

schaftsplanung. Er ist Buchautor und Redakteur, arbeitete für den „Spiegel“ und ist seit 2004 beim „Berliner Tagesspiegel“ Redakteur für besondere Aufgaben.

Kontakt

Harald Schumann

Der Tagesspiegel

Askanischer Platz 3

D-10963 Berlin

E-Mail Harald.Schumann@tagesspiegel.de
